

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Verlagsdirektor:** Dr. Kurt Schlegel  
**Redaktionschef:** Dr. Kurt Schlegel  
**Verwaltungsrat:** Dr. Kurt Schlegel, Dr. Kurt Schlegel, Dr. Kurt Schlegel

Verlagsgesellschaft bei täglich zweimaliger Ausgabe monatlich 2.30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Transport), durch Postweg 2.20 RM. einschließlich 60 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühr) bei 7mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 Pfg., außerorts 15 Pfg. Abbestellungspreis: Die dreimonatliche 30 RM. Berlin, 11. Nov. 1933, 48 Pfg., die 6monatliche 60 RM. 100 Pfg., die 12monatliche 110 RM. 100 Pfg., außerorts 120 RM. 100 Pfg. Abbestellungspreis: Die dreimonatliche 30 RM. Berlin, 11. Nov. 1933, 48 Pfg., die 6monatliche 60 RM. 100 Pfg., die 12monatliche 110 RM. 100 Pfg., außerorts 120 RM. 100 Pfg.

**Verlag:** Siegfried & Reichardt  
Breiten, Hofstraßen-Platz, 1068 Dresden  
Abdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Verlags-Redaktion) jährl. Umlage  
Eigentümer Dr. Kurt Schlegel

## Der preußische Konflikt vor dem Reichsrat

### Die Länder gegen eine Vertiefung des Streits

### Gescheiterter Geheimplan

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Nov. Die mit Spannung erwartete Reichsrats-Sitzung fand nach mehrtägiger Durchsicht der Vorgänge in Preußen bedingter Pause am Donnerstagabend im Reichsrat öffentlich statt. Presse und andere Interessenten waren in ungewöhnlich großer Anzahl vertreten. Für die Reichsregierung war der Reichsinnenminister von Gahl mit seinem Staatssekretär Dr. Jäger und dem Ministerialdirektor Dr. Gottschewer erschienen, für Preußen die Ministerialdirektoren Dr. Bracht, Dr. Badt und Dr. Gohmann. Nachdem der Hauptteil der Differenzen um den Komplex Reichsregierung gegen Preußen bereits im Verfassungsausschuss des Reichsrats hinter verschlossenen Türen ausgetragen worden ist, zeigte sich heute im Reichsrat das unverändert vornehme, zurückhaltende sachliche Bild.

Bayern gab eine etwas ausweichendere Erklärung ab. Der württembergische Vertreter versuchte sich noch weiter zu distanzieren und sich aus dem Streit herauszulassen. Sachsen erklärte, es wünsche keine Vertiefung der Streitlage in öffentlicher Reichsrats-Sitzung, um so weniger, als ja am kommenden Sonntagabend das ganze Problem innerhalb der Reichsratsausschüsse und im Zusammenhang mit den Besprechungen des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder ausführlich behandelt werden wird. Auch Hamburg hielt sich zurück. Der Vertreter der Rheinprovinz trat mehr den preußischen Gesichtspunkten bei. Auffallend war, daß die nationalsozialistischen Länderregierungen ihre Reichsratsvertreter offensichtlich dahingehend instruiert hatten, sich an der Diskussion über die Reichsregierung gegen Preußen nicht mit einem Wort zu beteiligen. Das alles spielte sich in wenigen Minuten korrekt und leidenschaftlos ab. Dann wandte sich der Reichsrat seinem Arbeitsplan zu mit einer Gleichgültigkeit, als ob nichts geschehen wäre.

Allmählich löst sich der Schleier, der über der Spanienreise des französischen Ministerpräsidenten Derris ist. Frisiert war die Reise als freundschaftlicher Besuch des französischen Kabinettschefs bei dem Staatsoberhaupt der jungen romanischen Schweizerrepublik, die sich seit dem Umsturz die große lateinische Demokratie ja in allen ihren staatlichen Einrichtungen zum Vorbild genommen hatte. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die spanische Revolution von Linkspolitikern, Intellektuellen und Literaten vorbereitet und durchgeführt worden war, die völlig im Banne der französischen politischen und kulturellen Propaganda standen, wenn man weiter gewisse Vorgänge verfolgt hatte, die darauf schließen ließen, daß die spanische Revolutionäre nicht nur die bereitwilligste Gastfreundschaft in Paris in der Zeit der Vorbereitungen des Umsturzes genossen hatten, sondern auch die freigebigste materielle Unterstützung, dann konnte man keinen Augenblick im unklaren sein, daß Frankreich an dem spanischen Umsturz deshalb das größte Interesse hatte, weil ein von Paris abhängiges Spanien nicht nur eine schöne Abrundung des europäischen Balkansystems bedeuten würde, sondern weil es vor allem als Landverbindung Frankreichs mit seinen Kolonien unentbehrlich geworden war. Der zunehmende italienisch-französische Gegensatz ließ den Seeweg als wenig sicher erscheinen, zumal man mit Bestimmtheit annehmen kann, daß bei kommenden Auseinandersetzungen England auf der Seite Italiens stehen wird. Der Grund dafür ist darin zu erblicken, daß England eine Niederlage Italiens niemals zugeben kann, weil sie die absolute Vorherrschaft Frankreichs und seiner Verbündeten im Mittelmeer bedeuten würde. Damit könnte aber die rascheste Verbindung Englands nach Ägypten und Indien jederzeit von Frankreich abgeperzt werden. Gibraltar, Ägypten und der Suezkanal würden im Falle der Gefahr für England völlig wertlos und damit ihres eigentlichen politischen Zweckes beraubt werden. Solange Spanien Königsreich war, brauchte England keine Befürchtungen zu hegen. Denn die Dynastie verband, obwohl sie aus dem französischen Haus der Bourbonen stammte, nichts mit der gallischen Republik; sie pflegte dagegen auch ihre Beziehungen zu England und dem englischen Königshaus, sah aber vor allem den Grundzug ihrer Außenpolitik darin, Spanien aus allen europäischen Verwicklungen fernzuhalten. Gemäß diesem Grundsatze übte Spanien auch im Weltkrieg eine strikte und ritterliche Neutralität gegenüber Deutschland. Je mehr die spanischen Revolutionäre mit offener und gehelmer Unterstützung der französischen Parteien ihre Wählerarbeit gegen die spanische Monarchie betrieben, um so mehr neigte naturnotwendig Spanien auf die Seite Englands und Italiens. Ramentlich der spanische Diktator Primo de Rivera hat angefangen, der von Frankreich geführten revolutionären Bewegung in Spanien Anschluss an die ihm geistig verwandte italienische Diktatur gesucht und gefunden. Er soll sogar, um das französische Übergewicht im Mittelmeer einzudämmen, Italien gewisse Rechte für die Benützung der strategisch hochwichtigen Inselgruppen der Balearen und ihres besetzten Kriegshafen Mahon als See- und Luftstützpunkt eingeräumt haben. Italien hätte damit die Möglichkeit gehabt, gefäßt auf die Balearen und die Insel Sardinien, im Falle eines Konfliktes mit Frankreich den Transport der französischen Kolonialarmee aus Afrika ernstlich zu bedrohen. Außerdem wäre eine Abseicherung Englands durch die Straße von Gibraltar möglich gewesen, die durch England und das strategisch sehr wichtige Tangergebiet Spaniens beherrscht wird.

### Der Kanzler antwortet Braun

Berlin, 10. Nov. Der Reichskanzler hat nunmehr dem preußischen Ministerpräsidenten Braun auf dessen Brief an Hindenburg eine Antwort erteilt, in dem er Braun mitteilt, daß er ihm zu einer Aussprache über die in dem Brief an den Reichspräsidenten angeführten Fragen zur Verfügung stehe.

## Der Empfang des Kanzlers bei Hindenburg

### Die Fühlungsnahme mit den Parteien

Berlin, 10. Nov. Am Donnerstagmorgen um 6 Uhr begann der Reichskanzler, wie angekündigt, zum Reichspräsidenten von Hindenburg. Die Aussprache dauerte etwa eine halbe Stunde. Im Anschluß daran wurde folgende amtliche Mitteilung ausgegeben: Reichspräsident v. Hindenburg nahm am Donnerstag den Vortrag des Reichskanzlers v. Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innerpolitischen Lage entgegen. Der Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung v. Papen anzurende liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte. Dementprechend beantragte er den Reichskanzler, in Besprechung mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und wie weit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programms zu unterstützen. Aus den wenigen Zeilen dieser Mitteilung ist zu erkennen, daß der autoritäre und präsidiale Charakter der Reichsregierung weiterhin unter allen Umständen aufrecht erhalten werden soll.

Empfang eines Stellvertreters begünstigt, ist noch nicht abzusehen. Der Versuch, die nationale Konzentration einzuleiten, könnte unter Umständen also bereits in den Vorbesprechungen auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. In unterrichteten Kreisen erklärt man, daß der Reichspräsident nicht zögern würde, außerordentliche Entschlüsse zu fassen, wenn er durch die Ablehnung, mit dem von ihm berufenen Kanzler auch nur zu verhandeln, gewissermaßen brüskiert würde. Die nächsten Tage werden also in innerpolitischer Hinsicht durch einen großen Ernst der Lage gekennzeichnet sein. In wirtschaftlicher Beziehung dürfte das Regierungsprogramm die Fortführung der Papenschen Wirtschaftspolitik ohne alle Experimente und unter strengstem Verzicht auf Maßnahmen inflationistischen Charakters enthalten. Am Vordergrund steht innerpolitisch weiterhin die Verfassungsreform. Ueber diese Frage wird am Freitag eine gemeinsame Besprechung der Ministerpräsidenten von Sachsen, Württemberg und Württemberg mit dem Reichskanzler stattfinden. Weitere Einzelbesprechungen in dieser Angelegenheit sind für den Sonnabend vorgesehen. Der sozialdemokratische Parteiausschuss, der am Donnerstag in Berlin tagte, stellte sich erneut auf den Standpunkt, daß es gegenüber der Regierung Papen „nach wie vor nur den schärfsten und radikalsten Kampf“ gebe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion will in einer am 17. November stattfindenden Sitzung in diesem Sinne weitere Beschlüsse für ihr Vorgehen im Reichstag fassen.

Diese verhältnismäßige Gleichgewichtslage im Mittelmeer, die Frankreichs Lust an kriegerischen Abenteuern merklich gedämpft hatte, mußte durch den Umsturz in Spanien, der einen völligen Kurswechsel der Außenpolitik Madrids zur Folge hatte, merklich ins Wanken geraten. Am Quai d'Orsay in Paris begann man Spanien in das außenpolitische System Frankreichs einzufügen. Die spanischen verantwortlichen Politiker, die ihre warme Neigung zu der lateinischen Schwesterrepublik mit größter Leidenschaftlichkeit betonten, erleichterten dem französischen Auswärtigen Amt seine Bemühungen. Spanien wurde dazu anzuregen, eine besondere Rolle in der französischen Rüstungspolitik in Europa zu spielen. Das erste Anzeichen dafür war der Vorschlag Frankreichs, eine besondere BILERSUNDSARMEE aufzustellen. Um diesen reichlich durchsichtigen Plan zu maskieren, schlug Der-

Was den Sonderaustrag angeht, den der Reichskanzler vom Reichspräsidenten erhielt, so handelt es sich zunächst um eine vorläufige Sondierung mit den Parteiführern! Am Ende dieser Sondierung wird erneut ein Vortrag beim Reichspräsidenten stehen. Danach werden die Entschlüsse des Reichspräsidenten fallen. Wegen der Entschlüsse des Reichspräsidenten über die Absichten seiner Regierung ausgesprochen hat, scheint es, als ob der Reichspräsident die schärfere Gefahr zu wissen wünscht. Es ist bekannt, daß dem Reichspräsidenten das Parteiensystem und seine Auswüchse außerordentlich unympathisch sind. Deshalb ist zweifellos der oben wiedergegebenen Mitteilung auch eine Wendung gegeben worden, die den autoritären und präsidialen Charakter der Regierungspläne stärker zum Ausdruck bringt, als dies noch am gestrigen Tage erfolgte. Der Reichskanzler wird also dem Auftrag des Reichspräsidenten entsprechend eine umrissene Fragen an die Parteien richten. Die Fühlungsnahme wird bereits am Freitag und Sonnabend beginnen. Vermutlich wird der Reichskanzler die Parteiführer entsprechend der ziffernmäßigen Stärke ihrer Parteien zu sich bitten. Genauer darüber, ob eine Einladung an Hitler bereits erfolgt ist, ist nicht zu erfahren. Ebensonenig läßt sich übersehen, wie die Haltung der NSDAP in diesem Punkt sein wird. Wenn die nationalsozialistischen Blätter die Auffassungen der obersten NSDAP-Führung antretend wiedergeben, ist wohl wenig Aussicht vorhanden, daß Hitler der Einladung Folge leisten würde. Ob sich der Reichskanzler mit dem

### Neue Ernennungen in Preußen

Berlin, 10. Nov. In der Staatsministerialdekretung der kommissarischen preußischen Staatsregierung vom 10. November sind folgende Personalveränderungen beschlossen worden: Zum Vizepräsidenten des Vollzeipräsidiums Berlin wurde der bisherige Regierungsdirektor Mosle ernannt; der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Altkreis beantragte Regierungsrat Fuchs wurde zum Landrat in Altkreis ernannt; der mit der kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes in Habelschwerdt beauftragte Regierungsrat Dr. Pöppe wurde zum Landrat in Habelschwerdt ernannt. Der dem Landrat des Kreises Sendzberg Dr. Stange erteilte Auftrag zur kommissarischen Verwaltung des Landratsamtes Einbecht wurde auf seinen Antrag aufgehoben. Landrat Dr. Stange wird zum Oberregierungsrat bei der Regierung Köslin ernannt.

### Die SPD. fordert Einberufung des Preußenlandtages

Berlin, 10. Nov. Die kommunistische Fraktion hat im Preußischen Landtag jetzt einen Antrag eingebracht, den Landtag für Montag, den 14. dieses Monats, einzuberufen.

Heute: Der D.N.-Krafftahret Seite 9 und 10

Vertical text on the left margin, likely a price list or subscription information, including numbers like 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.